

besten, damit man im gesamten Auslande erkennt, daß wir in all unserer Not auch unsere Brüder in den uns geräubten Gebieten nicht vergessen. Insbesondere aber sollen die Deutschamerikaner erkennen, wie die Mächte der Entente durch solche terroristischen Akte das Recht, statt die Wege zu der theoretisch angebotenen Völkervereinigung zu ebnen.

Und ist es nicht noch schlimmer, was die Franzosen in den ihnen besetzten Gebieten seit Monaten unternehmen? Sie kümmern sich noch weniger um den Friedensvertrag. Unmäßig treiben sie eine weltvermeintliche Agitation, um weitere deutsche Gebiete vom Rechte los zu lösen. Sie wollen sich eine blamable Niederlage im Falle des famosen Dr. Dornen in Wiesbaden. Nachdem sie sich bei der Unterstützung der Bestrebungen dieses Präsidialkandidaten die Finger verbrannt hatten, sehen es, als ob sie nunmehr die deutschen Rechte in größerem Umfange aushalten würden. Das war jedoch ein Irrtum. In der jüngsten Sitzung des Parliaments hat der deutsche sozialdemokratische Partei hat ein Hebräer aus Ludwigshafen die Blide seiner politischen Freunde nach dem Westen gelenkt. In dem Berichte des „Vorwärts“ wird über diese Ansprache kurz gesagt: „Dort sollte die Arbeiterklasse die Sünden der Imperialisten und Kriegstreiber aus. In Frankreich ist es dort, wo die Franzosen ihre Herrschaft aufrechterhalten haben, vor allem in der Pfalz, wo General Gerard das ganze politische Leben unterdrückt.“ Es wäre gut und möglich gewesen, wenn das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie bei seinen Mitteilungen hinlangeliege hätte, daß leider nicht nur französische Militärs die deutschfeindliche Propaganda betreiben, sondern daß sie auch von französischen Zivilisten gut gesehen wird und daß diese Zivilisten sogar in den Reihen der französischen sozialistischen Partei zu finden sind. In der gleichen Nummer, in der der „Vorwärts“ Klage führt über das terroristische Regime der Belgier in Eupen und Malmedy, teilt das Blatt unter der Überschrift „Ein Sozialist für französische Propaganda im Rheinlande“ mit, daß ein Mann wie Albert Thomas erklärte, daß „er mit der Propaganda in den Rheinlanden einverstanden sei.“ Will man sich da wundern, wenn französische Militärs noch viel rücksichtsloser vorgehen? Wo bleibt der Protest der gesamten deutschen Sozialdemokratie gegen diese feindliche Propaganda, wo bleibt der Protest gegen die älteste Erklärung eines französischen Genossen, die abgelehnt wird zu einem Zeitpunkt, an dem die zerrissene weltweite Internationale erneut geleistet werden soll? Auch hier fehlen uns Taten!

Das Verhalten der einheimischen deutschen Bevölkerung hat den Franzosen in Ludwigshafen erneut eine blamable Niederlage verschafft. Und wir hoffen, daß das Deutschland auch in Zukunft stark genug ist, sich gegen widerliche Franzoslinge zu wehren und gegen den französischen Propagandadienst einen festen Damm zu errichten. Wir aber in dem unbesetzten Gebieten können dabei nicht untätig bleiben. Wir müssen auch unersetzlich protestieren und unseren Brüdern in besetzten Gebieten zu erkennen geben, daß sie mit ihren Leibern nicht auf sich allein gestellt sind. Sie sollen zu jeder Stunde wissen, daß hinter ihnen immer noch ein ganzes Volk steht. Und zu einem solchen Proteste sollen in erster Linie die Tage benutzt werden, die für immer große Erinnerungstage in der deutschen Geschichte bleiben werden. Wir denken heute der Siege von Sedan und Tannenberg, nicht aus irgendwelchen „reaktionären“ Gefühlen heraus, sondern weil es nichts schaden kann, wenn unser Volk, das in nationalen Dingen nicht gleichgültig werden darf, daran erinnert wird, daß wir einst ein starkes Volk waren. Wir wollen gerade heute dagegen protestieren, daß die Diktatur des deutschen Volkes von unseren ehemaligen Gegnern, die nicht aufgehört haben unsere Feinde zu sein, in verbrecherischer Weise ausgenutzt wird. Wir wollen gegen den feindseligen Terror protestieren an einem Tage, der immer ein Glanzpunkt der deutschen Geschichte sein wird. Am Tage von Tannenberg wollen wir der Hoffnung Ausdruck geben, daß uns unser Recht doch noch werden wird und daß auf diese Zeit einer tiefen Erniedrigung eine Zeit kommen wird, in der alles Deutsche wieder höher bewertet wird. Als eine Mehrheit der Nationalversammlung den schmachtvollen Friedensvertrag zur Annahme brachte, da gelobten wir, daß wir nie aufhören würden nach der Revision des Versailleser Friedens zu streben. Dazu ist besonders der stolze Tag von Tannenberg geeignet. An ihm wollen wir künftig Jahr für Jahr unser, des deutschen Volkes Rechte fordern, unsere Wiedergutmachung beanspruchen, die nur in einer Revision des Versailleser Friedens bestehen kann. Unermüdet wollen wir diese Forderung an allen nationalen Gedenktagen erheben, bis das Recht über die rohe Vergewaltigung gesiegt hat und damit die Bahn frei geworden ist für einen wirtlichen Völkerverbund, der uns allen eine echte Völkervereinigung bringen kann.

Carl Heims.

Der erste Gefangenentransport aus Frankreich unterwege.

Berlin, 1. Sept. Der „Volksrecht“ meldet: Der erste Transport von 1000 deutschen Kriegsgefangenen hat gestern Deutschland verlassen.

29 Abänderungsanträge zum Friedensvertrag.

Seit 1. Sept. (Volksrecht). „Reichs-Tageblatt“ meldet aus New York, daß der Kongreß 29 Anträge zur Abänderung des Friedensvertrages vorgelegt hat. Wenn

alle Anträge beraten werden können, könnte man an eine Ratifizierung des Friedensvertrages nicht vor Januar denken.

Eine Million deutsches Gold an Frankreich.

Berlin, 1. Sept. In Ausführung der von Frankreich für die Erwerbung des Sergeanten Mannheim geforderten Summe hat Deutschland, nach dem „Volksrecht“, die 100 000 Mark für die Familie schon vor einiger Zeit gezahlt und nunmehr auch eine Million Gold an die französische Regierung abgeliefert, die sie dem Internationalen Roten Kreuz überreichen wird.

Die Hochspannung in München.

München, 30. August. In München herrscht bis zu einem gewissen Grade wieder Kriegszustand. Die Propagandaindustrie der Kommunisten ist wieder daran, die militärischen Sicherheitsmaßnahmen in der Stadt heute wieder verstärkt werden zu lassen. Die Reichswehrtruppen sind von den einzelnen Stadtteilen auf Maschinengewehrposten aufgezogen.

Ein Sozialdemokrat über die Schäden der Revolution.

Der mehrheitssozialistische Oberpräsident von Preußen, der Abgeordnete Wirth, hat sich in einem bemerkenswerten Schreiben an die „Königsberger Volkszeitung“ über die Stellung seiner Partei zur Revolution geäußert:

„Ich habe“, schreibt er u. a.: „die Revolution nicht gewollt, und unsere ganze Partei hat sie nicht gewollt. Wir haben im Gegenteil alles getan, um die Revolution in Wort und Schrift gekämpft, bis wir mit den alten Zuständen zufrieden gewesen wären (es ist unmöglich, das zu sagen), sondern wir wollten, daß die

Revolution anderen militärischen und politischen Zusammenbruch bedeuten und uns der Nachfolge und Mangel der haherfüllten Fehde aussetzen würde. Das ist die Wahrheit, und darum sollten wir heute nicht so tun, als wenn wir die Revolution gewollt hätten. Die Abrechnung mit dem alten Regime, die ganz und gar keine Abrechnung, wäre nach beendeter Freiheitskämpfe doch geschehen, wir hätten die vornehmsten Wünsche, ohne unserer Landsleute übermäßigen Siegen auszuliefern. Wir hätten dann auch den Wert der Freiheit, uns auf der Grundlage der demokratischen Prinzipien zu können, und hätten nicht zu bejahren brauchen, daß die

Revolution zu einer Gelegenheit für Wahnsinnige und Verbrecher

wurde... Ich will Ihnen nur meine Meinung schreiben, warum die Revolution unsere Hoffnungen enttäuscht hat. Weil die Revolution zu einer Zeit erfolgte, wo große Massen des Volkes den moralischen Halt verloren hatten, weil sie Gefahr, ihr Ziel aus dem Auge zu verlieren und die ganze Staats- und Gesellschaftsordnung zu zerklümmern. Die Wille selbst, wie nach dieser Gefahr zu kämpfen, ist heute nicht so, wie heute noch nicht als überwinden können. Aber je größer die Gefahr wurde, um so größer wurde für uns, die wir dieser Gefahr wehren wollten, der Zwang, mit allen denjenigen gemeinsam zu handeln, die der Entartung der Revolution widerstehen. Die Regierung zief auf zur Verteidigung. Aber wer folgte ihr zum? In einem erheblichen Teile waren es Angehörige der bestehenden Klassen und, soweit sie politisch taten, der nichtsozialistischen Parteien. Die Arbeiterpartei hielt sich zurück. Diese Enttäuschung über bestimmte nun ihrerseits auf die Politik der Regierung. Weil die

Sitze des Bürgerturns

bei der Aufrechterhaltung der staatlichen und ökonomischen Ordnung unentbehrlich

war, konnte die Regierung nicht eine rein sozialdemokratische Politik treiben, sondern mußte auf die Ansprüche der übrigen Bevölkerung eine gewisse Rücksicht nehmen. Auch ich kann natürlich nicht unbeeinträchtigt lassen, daß die Mitwirkung der nicht sozialdemokratischen Kreise für die

Wie Wilson den Krieg vorbereitete.

In der „New Yorker Staatszeitung“ von Ende Juli dieses Jahres lesen wir:

Repräsentant Graham, der Vorsitzende des Repräsentantenhauses im Ausschusse der Ausgaben des Kriegsdepartements eingesetzten Spezialkomitees, hat einen Bericht ausgearbeitet und der Öffentlichkeit übergeben, der für Millionen unserer Bevölkerung von Interesse sein wird. Die Verantwortung für die Nichterfüllung der angeführten Tatsachen wird natürlich Herrn Graham überlassen bleiben. Die Kernpunkte der angeführten Tatsachen ist, daß bereits im August 1914 von Wilson die Vorbereitungen für den Eintritt der Vereinigten Staaten in den Weltkrieg getroffen wurden; daß die Vorbereitungen in vollem Gange waren, als im Laufe der Präsidentenwahlkampagne von 1916 an allen Kreuzwegen, in allen demokratischen politischen Vereinigungen, in sämtlichen die Sache des Präsidenten Wilson nachdrücklich unterstützten wurde. Herr Wilson mußte wiedergeboren werden, weil er das Land aus dem Kriege herausgehalten habe. Schon im Sommer 1916 (wenn nicht früher) war es beschlossen, daß die Vereinigten Staaten auf Seiten der Entente zu treten. Die Wahlen gegen Deutschland ergriffen sollten. Ein „Verbindungsrat“ wurde vom Präsidenten organisiert, um die Beziehungen zu erhalten und wie Repräsentant Graham formuliert, wurden hinter geschlossenen Türen, Monate ehe der Krieg ausbrach, mit diesen Herren Männern die Kriegsmassnahmen, die den Kongreß später beschließen, entworfen. Und die Kräfte im Kongreß glaubten nachher, sie hätten die Kriegserklärung geschaffen. Diese geheime Regierung“, erklärte Graham, ignorierte beharrlich die Geleise und verlor sie sogar; in unzähligen Parteien, die Velle für Lieferungen schickten, die wichtigsten der Vereinigten Staaten schloßen Lieferungsverträge mit sich selbst ab, um den Krieg zu unterstützen, mit ungehörigen unzulässigen Aussagen besetzt. Selbstverständlich muß in Betracht gezogen werden, daß bei dieser Unterredung politische Motive in erster Linie maßgebend sind. Aber das ändert nichts an den Tatsachen, wenn die Tatsachen richtig festgestellt werden können. Die berühmte Jimmermanns Note (mit der Werbung an den Präsidenten in Mexiko wegen eines Bündnisses mit Mexiko und Japan), die so grundlegend als Kriegsmotiv ausgeführt wurde, und sonstige im letzten Augenblick herbeigekochte Kriegsmassnahmen hatten, wenn die Angaben des Herrn Graham richtig sind, nichts wesentliches mit dem Eintritt der Vereinigten

Staaten in den Krieg zu schaffen; die Wälder mit einer Art Dekoration, um dem Kongreß und dem Volke den Eindruck vorher beschlossenen Krieg zu täuschen zu machen. Der Bericht des Repräsentanten Graham ist wirklich ein höchst interessantes Dokument.

Wilson soll seine Pflicht tun!

New York, 31. August. Wie das „Rechtschaffen“ meldet, tritt Präsident Wilson am 1. September seine Vortragsreise an und kehrt am 30. Sept. nach Washington zurück. Wilsons Gegner im Senat haben zwei Entschuldigungsverträge eingebracht, in denen erklärt wird, daß der Senat dafür ist, daß der Präsident in Washington zu bleiben und sich seiner Verpflichtungen in Bezug auf die Arbeit der Welt zu erledigen und die Herstellung der hohen Lebensunterhaltungspreise zu verhindern. „Man darf sich“ nimmt der Rede des Senators Knox zu und tritt dafür ein, daß die Vereinigten Staaten den Frieden zu betreiben abzugeben und einmütig erklären, daß der Friedenszustand besteht.

Rechtschaffen meldet weiter aus New York, daß nach der Konferenz zwischen Präsident Wilson und Samuel Campers die Lage in Bezug auf die Arbeiterführerigkeiten als augenblicklich besser bezeichnet werde.

Großer Kohlenreichtum auf Spitzbergen?

London, 1. Sept. (Eig. Drahtnachricht.) Nach Spitzbergen ist eine englische Kommission abgegangen, deren Bericht jetzt nach England gemeldet hat, daß auf einer Quadratmeile 5 Millionen Tonnen Kohle festgestellt wurden. In England sind darauf sofort alle Maßnahmen getroffen worden, um diesen Kohlenreichtum England nutzbar zu machen. Die Arbeiterfrage steht sehr günstig.

Deutsches Reich.

Riman von Sanders in Berlin.

Berlin, 1. Sept. Nach der „Volkszeitung“ ist Marschall Riman von Sanders gestern Abend in Berlin eingetroffen.

Zurückziehung der Reichstruppen aus Mittweida.

Mittweida, 31. August. Die Reichstruppen, welche am 29. hier einrückten, werden im Laufe des 1. Sept. aus der Stadt zurückgezogen, nachdem die Hauptkräfte der Führer an der Entlassung der Quartiermacher vom 9. August der Entlassung angeführt wurden und die Befehlsabgabe ein genügendes Resultat ergeben hat. Während der Befehlsabgabe ist es keinerlei Zwischenfälle gekommen.

Ausland.

Die amerikanischen Truppen sollen in Sibirien bleiben.

Amsterdam, 31. August. Professore Klabbe meldet aus Washington, daß der Kriegseinsatz für Sibirien darauf besteht, daß die amerikanischen Truppen in Sibirien bleiben werden.

Oberkommissar für Europas Ernährung.

Berlin, 31. August. Nach dem „Reichs-Journal“ hat der amerikanische Botschafter in Berlin einen hohen Oberkommissar für die europäische Ernährung angenommen.

Die Kabinetskrise in Ungarn.

Paris, 31. August. Die „Volkszeitung“ meldet, daß die Minister sich einmütig gegen ein Verbleiben von Dr. Erdösi an der Spitze des Kabinetts ausgesprochen hätten. Nachdem die Konsequenzen daraus gezogen habe habe Franz Joseph die Verhandlungen zur Rekonstruktion des Kabinetts aufgegeben.

Ein belgisch-englisch-amerikanischer Schutzvertrag.

Berlin, 1. Sept. Nach Brüsseler Meldungen soll, nach der „Volkszeitung“, zwischen Belgien, England und den Vereinigten Staaten andererseits ein ähnlicher Schutzvertrag abgeschlossen werden, wie er zwischen den angelsächsischen Großmächten und Frankreich abgeschlossen wurde.

Die Allierten gegen den deutsch-österreichischen Anschlußgedanken.

Berlin, 1. Sept. Nach dem „Volksrecht“ hat der Oberste Rat der Alliierten beschlossen, in der Friedenskonferenz mit Österreich ein Kausal einzuwirken, nach der Deutsch-Österreich nicht ohne Einwilligung des Weltbundes mit Deutschland vereinigen darf. Im Falle eines Konflikts zwischen Deutsch-Österreich und anderen Staaten sind als Schlichtungsinstanz die Großmächte der Alliierten bis zur Gründung des Weltbundes zuständig.

Kreuzer meldet, daß der Oberste Rat sich noch mit Artikel 60 der neuen Deutsch-Österreich-Verfassung beschäftigt, um eine Vereinigung Deutsch-Österreichs mit Deutschland zu verhindern. Es wird eine Note vorbereitet, nach der Deutschland aufgegeben werden soll, Artikel 60 seiner Verfassung fallen zu lassen.

Halle und Umgebung.

Halle, den 1. September 1919.

In der hiesigen Verkaufsstelle Lebensmittel werden bis auf weiteres nachfolgende Waren verkauft: In heller ungar. Bienenhonig zum Preis von 10 Mk. für das Pfund. Deutscher Extrakt in 200 Gramm-Dosen zum Preis von 1 Mk. Ankerbrot-Extrakt in 500 Gramm-Dosen zum Preis von 3 Mk. Dörrbrot (Weizen) zum Preis von 4 Mk. für das Pfund. Feigen zum Preis von 5 Mk. für das Pfund. Außerdem best ein Polsterleere Kissen und Kartons zum Verkauf.

Gesamtes. Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. Sept. 4. Nov. 1918 wird der Verkauf von Gewürzen wie folgt geregelt: Der Verkauf beginnt am Dienstag, den 2. September. Für jede Person eines Haushaltes wird ein Pfund Gewürze abgemessen. Der Verkaufsbetrag beträgt 40 Bgr. für das Pfund. Die Käufer sind verpflichtet, bei denjenigen Verkäufern die Gewürze einzulösen, bei welchen sie für den Bezug von Kolonialwaren in die Kundenzettel eingetragen sind. Der Verkauf erfolgt unter Abrechnung der Marke 387 5 Warenbezeichnungsschein 24. Die Verkäufer sind verpflichtet, die Marken zu Kundenkarten gebildet im Einzelverkaufsgang, Marktblatt 22, 1. Übergabebuch (Grafplatz) binnen 8 Tagen unter Angabe ihres Niederstandes einzulösen. Zumberechnungen unterliegen der Abrechnung nach § 17 der Verordnung vom 25. Sept. 4. Nov. 1918.

Die 4. hiesige Marienaußerbelle Glauchaer Straße 16 wird vom 1. September 1919 ab nach Lortzstr. 20 verlegt.